

IMMOBILIENHAIE ENTEIGNEN!



READER ZUR DEZENTRALEN WOHNRAUM-AKTIONSWOCHE

2.-8. DEZEMBER 2019



EINLEITUNG

Die Anzahl der Wohnungslosen ist in Deutschland wieder gestiegen. 2018 waren Schätzungen zufolge etwa 678.000 Menschen in Deutschland wohnungslos, d. h. sie haben keinen festen Wohnsitz, sondern leben bei Verwandten oder Freunden, in Unterkünften, Übergangswohnungen oder gar auf der Strasse. 2017 waren es 650.000 Menschen betroffen. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe sind 41.000 der wohnungslosen Menschen obdachlos. 8% der Wohnungslosen sind minderjährig. Die Anzahl der Wohnungslosen steigt von Jahr zu Jahr, weil Wohnraum im Kapitalismus nur eine Ware ist. Immobilienhaie und Heuschrecken machen aus einem menschlichen Grundbedürfnis – guter Wohnraum zum Leben – Profit. Schon lange ist Wohnraum nicht mehr bezahlbar. Inzwischen kann man mehr Profite mit Wohnraum machen, wenn man auf Wohneinheiten spekuliert, statt diese zu vermieten. Schätzungen kamen zu dem Schluss, dass 2017 ca. 2,14 Millionen Wohnungen leer standen. Das sind 5,2 % der existierenden Wohnungen in Deutschland. Leerstehende Gewerbeimmobilien sind nicht mit eingerechnet.

Der Immobilienkonzern Deutsche Wohnen mit 160.000 Wohnungen konnte 2018 seinen Gewinn in Deutschland mit Hilfe gesteigerter Mieten um 11% auf 480 Millionen Euro erhöhen. Vonovia, der größte deutsche Wohnungskonzern mit fast 400.000 Wohnungen, konnte sogar den Rekord von über einer Milliarde Euro Gewinn bei einem Umsatz von über 4 Milliarden Euro erzielen – über 15% mehr als im Vorjahr. Der größte Wohnungskonzern in Nordrhein-Westfalen mit 120.000 Wohnungen, LEG, erzielte ein Gewinn von über 120 Millionen Euro. Gleichzeitig steigen überall die Mieten. In Düsseldorf sind die Mieten durchschnittlich um 4,9% auf mindestens 11 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter und in Köln um 2,9% auf 10,50 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter gestiegen. Dabei gehören die beiden Städte schon zu den teuersten in Nordrhein-Westfalen, die Preise sind in den letzten Jahren schon massiv gestiegen. Wohnraum ist dort für Studierende, Auszubildende und Arbeitende kaum bezahlbar. Viele die in Köln oder in Düsseldorf arbeiten oder

studieren leben außerhalb und müssen regelmäßig pendeln – und das bei steigenden Preisen im öffentlichen Nahverkehr. In Münster sind die Mieten um 2%, in Gelsenkirchen um 2,5%, in Wuppertal um 3,6% gestiegen, um einige weitere Beispiele zu nennen. Das sind nur die Steigerungen von einem Jahr. Vergleicht man die Mietpreise über einen Zeitraum von 5 Jahren erkennen wir schnell, dass die Mieten um 30 % bis 60 % gestiegen sind!

Die Reaktion der Politik ist verhalten, schließlich verteidigen sie die Interessen der Banken und Konzerne. Die Rot-Grüne Landesregierung hatte in NRW damals entschieden keinen Mietendeckel im Ruhrgebiet zu erlassen, weil es nicht nötig sei. Die Entwicklung sehen wir heute – und das obwohl der Mietendeckel ebenfalls vollkommen unzureichend gewesen wäre. Gleichzeitig wird kaum noch sozialer und bezahlbarer Wohnraum in öffentlicher Hand gebaut, sondern das Angebot an Wohnungen dem „freien Markt“ überlassen, der von riesigen Immobilienkonzernen dominiert wird und privatisiert, was das Zeug hält. Wenn man den Vertretern der Immobilienlobby lauscht, könnte man meinen, dass sie auf einem anderen Planeten leben. Bei ihnen geht es viel darum, dass es noch zu viele Gesetze gibt, die angeblich den Bau von Wohnraum verhindern: Könnte man Dachstühle nicht wieder aus Holz bauen und müssen Kinderzimmer eigentlich eine Mindestgröße haben? Das Leben der Menschen ist ihnen egal, solange sie sich ihre Taschen vollstopfen können.

Für Verbrecherkonzerne wie Altro Mondo oder Intown, um zwei Beispiele zu nennen, sind gesetzliche Regelungen sowieso egal. Hausmeister*innen werden entlassen und die Immobilien nicht instand gehalten. Trotzdem werden hohe Nebenkostenabrechnungen ausgegeben. Schläger sammeln die Mieten ein, um Mietsenkungen zu verhindern. Das Ergebnis sind sich ewig hinziehende Gerichtsverhandlungen gegen die Anwälte millionenschwerer Konzerne, während sich für die Mieter*innen nichts ändert. In Dortmund musste 2017 das Hochhaus Hannibal II geräumt werden, weil der Eigentümer Intown den Brandschutz entfernt hatte. Hunderte Menschen waren über Nacht wohnungslos. Das Hannibal II war früher öffentliches Eigentum, wurde aber

verkauft, weil die städtischen Konzerne der Profitlogik des Kapitalismus und der schwarzen Null unterworfen sind, und nicht genügend Gewinn herauskam. In Duisburg mussten vor kurzem ebenfalls drei Immobilien geräumt werden, weil der Eigentümer Altro Mondo den Brandschutz entfernt hatte. Es ist nur eine Frage der Zeit bis es in Deutschland ebenfalls zu einem tragischen Ereignis wie in London 2017 kommt, als 72 Menschen im Grenfell Tower lebendig verbrannten, weil der private Eigentümer eine billige, brennbare Wärmedämmung an der Außenfassade anbringen ließ – die Mieter*innen mussten zuvor noch für diese Wärmedämmung bezahlen! Aber auch jetzt schon sterben Menschen an der profit-orientierten Wohnungspolitik in Deutschland: Rentner*innen, die aus dem Fenster springen, weil sie aus ihrer Wohnung geräumt werden sollen, da sie ihre Miete nicht mehr zahlen konnten oder Obdachlose, die im Winter auf der Straße erfrieren.

Unsere Antwort: Widerstand!

Doch es regt sich auch Widerstand in Deutschland. Überall entstehen Mieter*inneninitiativen und auch die LINKE hat sich das Thema Wohnen zum Schwerpunkt gesetzt. In Berlin hat die Forderung nach der Enteignung von Deutsche Wohnen und anderer großer Immobilienkonzerne massenhafte Unterstützung. Immer wieder demonstrieren Tausende gegen große Immobilienkonzerne und für deren Enteignung. Der Druck hat den Berliner Senat dazu gebracht einen Mietendeckel auf den Weg zu bringen. Aber der Kampf muss weiter gehen – bis große Immobilienkonzerne enteignet werden. In NRW konnten Genoss*innen der linksjugend [solid] in Lemgo und Dortmund Mieter*inneninitiativen auf die Beine stellen, um sich gegen besonders verbrecherische Immobilienkonzerne zu wehren.

Für Sozialist*innen ist die Eigentumsfrage zentral. Für uns ist Wohnraum kein Ware, sondern ein Grundrecht für alle Menschen. Wir sind der Meinung, dass alle Menschen das Recht auf guten und bezahlbaren Wohnraum haben. Das wäre möglich, wenn private Konzerne, die selbst für unsere Grundbedürfnisse horrenden Preise verlangen, enteignet werden und endlich wieder öffentlicher

Wohnraum in großen Maßstab gebaut wird. Aufgrund der aktuellen Wohnungskrise gibt es unter den einfachen Menschen eine große Offenheit für diese Ideen. Dies ist eine gute Möglichkeit unser Programm zu präsentieren, weil die etablierten bürgerlichen Parteien und die herrschende Politik keine Antworten im Interesse der Mehrheit der Menschen haben!

Deswegen wollen wir im Dezember eine dezentrale Kampagne organisieren, in der das Thema Wohnen der Hauptfokus ist. Vom 2. bis zum 8. Dezember sind alle Basisgruppen dazu aufgerufen Aktionen durchzuführen. Natürlich kann jede Basisgruppe schon früher anfangen und die Kampagne auch länger führen. Die Idee hinter dezentralen Aktionen ist, dass jede Basisgruppe sich nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten beteiligen kann und wir das Thema Wohnen landesweit auf die Tagesordnung setzen. Wir wollen auf der Landesvollversammlung mit einem Austausch von Ideen und Plänen beginnen und nach der Aktionswoche Treffen organisieren, wo Genoss*innen sich über ihre Aktionen und Erfahrungen austauschen können. Alle Aktionen sollen gesammelt werden und auf unseren Social Media Kanälen sowie der Webseite präsentiert werden. Also schickt uns Fotos und Berichte von euren Aktionen!

Der Aktionsreader soll beim Planen und Organisieren helfen, Tipps geben und Vorschläge machen. Nicht jede Basisgruppe muss eine Demo organisieren oder ein Haus besetzen. Auch regelmäßige Infotische und Flyerverteilungen sind ein wichtiger Beitrag zur Kampagne. Also lasst uns gemeinsam aktiv werden!

AKTIONS- VORSCHLÄGE



FLYER

Flyerverteilungen sind immer eine einfache und gute Möglichkeit um unsere Ideen zu verbreiten. Als Landesverband haben wir neue Flyer zum Thema Wohnen produziert, die ihr auf der Landesvollversammlung bekommt oder die wir euch gerne zuschicken. Aber jede Basisgruppe kann auch selber Flyer zum Thema produzieren. Flyerverteilungen können an zentralen Plätzen in den Städten stattfinden, an Bahnhöfen, U-Bahnstationen oder Bushaltestellen – überall dort wo viele Menschen vorbeikommen. Wenn ihr Immobilien kennt wo es Probleme gibt, wo die Mieter*innen besonders wütend sind, könnt ihr auch vor Ort Flyer verteilen. Zum Verteilen reichen zwei bis drei Genoss*innen und es ist eine gute Möglichkeit, Erfahrungen im Gespräch mit anderen Menschen, die man von linker Politik überzeugen will, zu sammeln. Ihr könnt auch Flyer in Briefkästen stecken. Am besten funktioniert dies morgens, denn wenn die Briefkästen nicht außerhalb sind, könnt ihr einfach klingeln und behaupten ihr seid die Post. Achtet darauf, dass ein*e Verantwortliche*r im Sinne des Presserechts auf euren Flyern steht! Flyerverteilungen zu politischen Themen müssen nicht angemeldet werden und sind durch das Recht auf Meinungsfreiheit geschützt.

UMFRAGE

Organisiert Umfragen, in dem ihr zu großen Wohnkomplexen geht und dort klingelt und fragt, ob ihr mit den Mieter*innen über ihre Wohnsituation und über ihre Probleme sprechen könnt. Präsentiert unser Programm und erklärt, dass organisierter Widerstand notwendig ist. Umfragen kann man auch ganz einfach in der Innenstadt machen und überall dort, wo viele Menschen unterwegs sind.

PLAKATIEREN

Plakatieren erklärt sich von selbst. Plakatiert gemeinsam Plakate zu dem Thema in eurer Nachbarschaft und besonders in der Nähe von Immobilien, wo ihr wisst, dass es Probleme gibt.

INFOTISCH

Infotische sind ebenfalls eine einfache Aktionsmöglichkeit für die Kampagne. Auch hier reicht eine geringe Anzahl an Genoss*innen. Ebenfalls macht es Sinn den Infotisch an zentralen Orten und vor Wohneinheiten anzumelden. Für gewöhnlich soll man Infotische beim Ordnungsamt anmelden, was mit einer langen Wartezeit verbunden ist. Viel einfacher ist es, Infotische bei der Polizei als Kundgebung anzumelden. Dies muss man nur drei Tage vorher machen. Infotische bieten die Möglichkeit, Flyer und weiteres Material zu verteilen und gleichzeitig einen Anlaufpunkt für Menschen zu bieten, um in Diskussionen zu kommen.

VERANSTALTUNG

Organisiert öffentliche Veranstaltungen zum Thema Wohnen, wo ihr über die aktuelle Situation aufklärt und unser Programm vorstellt. Ihr könnt außerdem mit Gästen gemeinsam weitere Aktionen planen.

KUNDGEBUNG

Für eine Kundgebung reichen 6 bis 10 Genoss*innen aus. Eine Kundgebung ist schnell angemeldet. Alles was man für die Kundgebung braucht ist eine Lautsprecheranlage oder ein Megafon und vorbereitete Redebeiträge. Eine Kundgebung muss nicht riesig sein, es reicht wenn man mit einigen Genoss*innen an zentralen Plätzen seine Ideen verbreitet. Am besten kann man dies mit einem Infotisch und Flyerverteilungen verbinden. Man kann eine Kundgebung auch nutzen, um öffentlich ein Transparent zu dem Thema zu malen und Menschen auf der Straße dazu einladen mitzumachen. Oder ihr organisiert Aktionen mit Straßenkreide.

DEMONSTRATION

Demonstrationen sind schon größer und brauchen mehr Vorbereitung. Auch Demonstrationen müssen bei der Polizei angemeldet werden. Zwar müssen Demonstrationen auch nicht riesig sein, aber sie sollten vorher öffentlich beworben werden, und man sollte so viele Genoss*innen wie möglich mobilisieren. Es macht Sinn eine Demonstration mit Kundgebungen zu verbinden, um zwischendurch die Zeit für Redebeiträge zu haben.

SYMBOLISCHE AKTIONEN

Bei symbolischen Aktionen ist eure Kreativität gefragt! Ob ihr mit Koffern vor das Rathaus zieht oder direkt davor zeltet, ob ihr Transparente an Leerstand oder zentralen Plätzen hängt, ob ihr eine öffentliche Stadtführung zu Leerstand und Immobilienhaien vor Ort organisiert – hier sind eure Ideen gefragt!

MASSEN BESICHTIGUNG

Oft sind bei Wohnungsbesichtigungen bis zu hundert Leute. Eine gute Möglichkeit, um mit Leuten in Kontakt zu kommen. Sucht euch den Termin einer Besichtigung einer Wohnung, die einem größeren Immobilienkonzern gehört raus, und geht mit der ganzen Basisgruppe dorthin. Verteilt Flyer und kommt mit den Wohnungssuchenden ins Gespräch!

PRESSEMITTEILUNG

Allgemein macht es Sinn zu Aktionen, besonders zu größeren oder kreativeren Aktionen Pressemitteilungen zu veröffentlichen. Vielleicht wird eure Position zu dem Thema in der Zeitung veröffentlicht oder es kommen sogar Journalist*innen zu euren Aktionen, um darüber zu berichten. Wahrscheinlich haben eure LINKE-Kreisverbände schon Presseverteiler, die ihr Nutzen könnten. Ansonsten findet ihr auf den Nachrichtenportalen Emailadressen an die ihr euch wenden könnt.

MIETER*INNENINITIATIVE

Vielleicht lernt ihr im Laufe der Aktionen viele Mieter*innen kennen, die ihr zu einer Mieter*inneninitiative zu einem Thema oder Problem organisieren könnt. Diskutiert Forderungen und geht dafür auf die Straße. Zusammen mit einer Mieter*inneninitiative könnt ihr alle zuvor genannten Aktionen im größeren Maßstab durchsetzen. Vielleicht kennt ihr schon Mieter*inneninitiativen oder wisst von welchen Bescheid, wendet euch an diese und fragt, wie ihr diese unterstützen könnt. Die meisten freuen sich über jegliche Unterstützung.

ANTRAG IM STADTRAT

Falls ihr eine LINKE-Fraktion im Stadt- oder Kommunalrat habt, könnt ihr diese fragen, ob sie Anträge zum Thema Wohnen stellt oder ob anderweitig Wohnen ein Thema im Rat ist. Ihr könnt Sitzungen gemeinsam besuchen und durch Protest und zivilen Ungehorsam Druck ausüben.

SOCIAL MEDIA

Präsentiert eure Aktionen auf Social Media. Schreibt Statements, macht Fotos und Videos. Ihr könnt auch Videointerviews und Statements veröffentlichen.

BÜNDNISPARTNER*INNEN

Nicht nur uns interessiert das Thema Wohnen. Wohnen ist aktuell in aller Munde. Fragt die LINKE, Mieter*innenvereine, den DGB, Obdachlosenhilfen und Migrant*innenverbände, ob sie ebenfalls Aktionen planen, ob ihr sie dabei unterstützen könnt oder sie an euren Aktionen teilnehmen wollen. Ihr könnt sie fragen ob sie bei Kundgebungen oder Demonstrationen einen Redebeitrag halten wollen, oder für ein Videostatement für eure Social Media-Präsenz.

PROGRAMM DER LINKSJUGEND ['SOLID] NRW ZU WOHNRAUM



DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN:

MIETHAIE ENTEIGNEN!

ZUSAMMEN KÄMPFEN GEGEN MIETSTEIGERUNGEN, VERDRÄNGUNG UND KAPITALISMUS!

Wer eine Wohnung sucht, findet oft keine. Zumindest nicht dort, wo gesucht wurde. Denn der Wohnungsmarkt in NRW ist äußerst angespannt. Es fehlen zehntausende bezahlbare Wohnungen. Es wird zwar viel gebaut – aber meist nur im Luxusbereich. Denn damit lässt sich mehr Profit machen als mit dem wenigen Geld der Vielen.

GUTER WOHNRAUM SOLLTE EIN GRUNDRECHT SEIN...

Ganze Stadtviertel werden aufgewertet. Häuser werden schicksaniert, die Kosten auf Mieter*innen umgelegt. Die können sich die hohen Mieten nicht leisten und müssen raus. Manchmal stehen sogar ganze Häuser leer, weil Eigentümer*innen darauf spekulieren, sie ohne Bewohner*innen teuer verkaufen zu können. So werden Menschen mit geringerem Einkommen aus Innenstädten verdrängt. Sie müssen in Vororte oder weniger gefragte Städte ziehen, viele landen auch auf der Straße oder in schimmlichen Buden. Mit der Freiheit der freien Wohnortswahl ist es wie mit vielen Freiheiten im Kapitalismus: Man muss sie sich leisten können. Ohne den nötigen Cash hat man ein Problem. Es kommt sogar dazu, dass Menschen, die sich die teuren Mieten nicht mehr leisten können, mit Polizeigewalt aus ihren Wohnungen geräumt und in die Obdachlosigkeit geschickt werden.

Wir hingegen sind der Meinung: Guter Wohnraum muss ein Grundrecht sein! Leer stehende Häuser müssen geöffnet und Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden! Wir treten ein für die sogenannte Kostenmiete: Mieten dürfen die Bau- und Instandhaltungskosten nicht übersteigen!

...IST ER ABER NICHT!

Man kann sich die Wahlkampflügen von Grünen, SPD und CDU, sogar von FDP und AFD durchlesen. Überall wird man Behauptungen finden, sie würden gegen die dramatische Situation auf dem Wohnungsmarkt vorgehen wollen. Warum wird es dann immer schlimmer?

All diese Parteien vertreten die Konzerne und Superreichen. Also jene, die mehr Geld haben als man als Normalsterbliche*r in einem Leben ausgeben kann. Um schnelle Profite zu machen, spekulieren sie mit Wohnraum. Der Markt ist sehr angespannt, das heißt, dass man hohe Mieten verlangen kann und trotzdem Mieter*innen finden wird. Die bürgerlichen Parteien und ihr Staat vertreten nicht die Mieter*innen, sondern Immobilienkonzerne und andere, die durch Ausbeutung von Millionen Profite machen. Wir dürfen ihren Lügen nicht glauben! Besserung wird es nur geben, wenn man sich mit den Konzernen anlegt. Das darf man von den herrschenden Parteien nicht erwarten.

Unter dem Druck von Mieter*innenvereinigungen und Protesten hat es in den letzten Jahren ein paar Zugeständnisse wie die Mietpreisbremse gegeben. Aber die sind weniger als ein Wassertropfen auf dem heißen Stein und haben nur den Zweck, Protestbewegungen zu beruhigen.

DEUTSCHE WOHNEN & CO ENTEIGNEN!

Der Wohnungsmarkt ist nicht dazu da, um Menschen mit Wohnraum zu versorgen, sondern um ein paar Reiche noch reicher zu machen. Mit Wuchermieten bestehlen sie uns Mieter*innen! Wir wollen ihnen diesen gestohlenen Reichtum nehmen. Wir wollen Deutsche Wohnen, Vonovia, LEG, Intown, Altro Mondo und wie sie alle heißen enteignen. Der Wohnungsmarkt darf nicht länger ein Markt sein. Es braucht einen gesellschaftlichen Plan, um den benötigten Wohnraum zu schaffen. Er sollte demokratisch diskutiert und beschlossen werden, damit die Millionen Betroffenen selber

entscheiden können. Dabei sollten ökologische Belange berücksichtigt werden.

KAPITALISMUS ÜBERWINDEN!

Unter dem Druck von Bewegungen kann man einzelne Enteignungen durchsetzen, wenn auch nur gegen hohe Entschädigungen (die den kapitalistischen Verbrechern nicht zusteht!). Aber gesellschaftliche Lösungen für gesellschaftliche Probleme passen nicht zum Wesen des Kapitalismus. Denn im Kapitalismus geht es der Wirtschaft nicht um das bestmögliche Ergebnis durch Kooperation, sondern um Wettbewerb, auf dass die Konkurrenz plattgemacht und der Stärkste immer größer und stärker wird. Das kann zu nichts anderem als Chaos und Problemen führen. Deswegen machen wir ernst und sagen dem Kapitalismus den Kampf an.

Unsere Alternative ist eine sozialistische Demokratie, eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse von Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen und es eine umfassende Mitbestimmung gibt.

Einige Menschen sind von der Vermarktung von Wohnraum besonders hart betroffen. Dazu gehören von Rassismus Betroffene, Jugendliche, Alleinerziehende und Transpersonen. Aufgrund von Stigmatisierung wird diesen Gruppen weniger Vertrauen entgegengebracht, z.B. wenn es um die Zahlungsfähigkeit geht. Gleichzeitig dienen sie Rechtspopulist*innen als Sündenbock für den mangelnden Wohnraum.

Dabei haben Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind und Menschen, die unter Wohnungsmangel leiden eines gemeinsam: Sie werden vom kapitalistischen System und ihrer „sozialen“ Marktwirtschaft unterdrückt.

Daher ist es wichtig, dass Mieter*innen sich nicht spalten lassen. Nicht Geflüchtete sind Schuld an dem Wohnraum-mangel, sondern der Kapitalismus. Um daran etwas zu ändern, müssen wir zusammenhalten!

WIR KÄMPFEN FÜR:

- Für das Grundrecht auf guten und bezahlbaren Wohnraum!
- Keine Profite mit der Miete: Für die Einführung einer Kostenmiete, die Bau- und Instandhaltungskosten nicht übersteigen darf!
- Leerstand bekämpfen: Hausbesetzungen entkriminalisieren!
- Immobilienkonzerne und Spekulanten enteignen! Sollten dadurch Menschen ihren Job verlieren: Garantierte gleichwertige Ersatzarbeitsplätze in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen.
- Demokratisierung des Wohnungsbaus! Stadtplanung durch Mieter*innenvereine, Gewerkschaften und Umweltorganisationen!
- Das Übel an der Wurzel packen: Kapitalismus überwinden. Menschen statt Profite!
- Für sozialistische Demokratie

*Dieser Reader wurde erstellt von Genoss*innen aus der
Basisgruppe Dortmund*